

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Lehrkräftegewinnung für den ländlichen Raum stärken

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. es im Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist, möglichst viele Lehramtsstudierende nach ihrem Vorbereitungsdienst im Land zu halten und der Abwanderung junger Lehrkräfte entgegenzuwirken,
2. die hohe Anzahl der Lehramtsstudierenden an den Universitäten Rostock und Greifswald, die in diesen Städten derzeit auch die Schulpraktischen Übungen (SPÜ) und die Praktika absolviert, das Maß der in beiden Städten zur Verfügung stehenden Plätze bei weitem übersteigt,
3. der ländliche Raum in der Umgebung der beiden Universitätsstädte weder für die erforderlichen Praktika noch die SPÜ erschlossen ist,
4. dieses regionale Ungleichgewicht zu Studienverlängerungen, fehlenden Abschlüssen und zur Verhinderung der zeitnahen Beantragung von BAföG-Mitteln führt,
5. für den ländlichen Raum nicht genügend Lehrkräfte gewonnen werden.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Kosten für die Fahrt zum Schulstandort in den Landkreisen Rostock und Vorpommern-Greifswald, an dem die SPÜ oder das jeweilige Praktikum absolviert werden, im Geltungsbereich der jeweiligen kommunalen Verkehrsverbände vollständig zu übernehmen.
2. zu prüfen, ob und in welchem Umfang die Änderung der Lehrerausbildungskapazitätsverordnung dazu beitragen kann, einen Anreiz in Form von Boni für die Absolvierung von SPÜ und Praktika an Schulen im ländlichen Raum zu schaffen.
3. zu prüfen, ob eine Fahrtkostenerstattung auch für praktische Ausbildungsphasen in anderen Studiengängen geboten ist, um dem Fachkräftebedarf zu entsprechen.

4. den Landtag bis zum 31.12.2017 zu unterrichten, welche Maßnahmen die Landesregierung im Zusammenhang mit den SPÜ und Praktika und gegebenenfalls praktischen Ausbildungsphasen in anderen Studiengängen eingeleitet hat bzw. einzuleiten beabsichtigt.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Schulen im ländlichen Raum von Mecklenburg-Vorpommern sind oft keine attraktive Alternative für Lehrerinnen und Lehrer. Das Land kündigte an, den Lehrkräften Sonderzahlungen in Aussicht zu stellen, die sich für eine Arbeit im ländlichen Raum entscheiden.

Diese gravierenden Probleme könnten aber verringert werden, wenn die praktischen Ausbildungsphasen von den Studierenden im ländlichen Raum absolviert werden. Dies ist derzeit auch aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel für die Studierenden oft nicht möglich, da die Kosten für die Fahrten von den Universitätsstädten in die umliegenden ländlichen Räume von ihnen getragen werden müssen.

Die Ausbildung und Arbeit in ländlichen Räumen kann nur an Attraktivität gewinnen, wenn Lehramtsstudierende erfahren, dass diese Schulen oft gut ausgestattet sind und gerade der ländlich geprägte Charakter dieser Regionen Schulen zu einem wichtigen und anerkannten Standortfaktor machen.

Derzeit hindert es Studierende, in den Regionen ihrer Universitätsstädte ihre Praktika zu absolvieren, weil diese Gebiete außerhalb der Verkehrszonen liegen, für die sie ermäßigte Fahrkarten erhalten oder die nicht fußläufig oder per Rad zu erreichen sind. Hier könnte eine Ursache dafür liegen, dass gerade in den ländlichen Räumen der Lehrkräftebedarf höher liegt als in größeren Städten.

Mit der Übernahme der Fahrtkosten könnte die Ausbildung an Schulen im ländlichen Raum für Lehramtsstudierende, die die SPÜ oder Praktika ableisten, wesentlich attraktiver werden, und daher auch für die zweite Phase der Lehrerausbildung sowie für eine spätere berufliche Tätigkeit stärker in den Blick rücken.